Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 758**

18. Wahlperiode Eingang: 21.10.2026

Antrag

der Abg. Viviane Sigg u.a. SPD

Das neue fokussierte Reaktivierungsprogramm des Landes – Folgen und Auswirkungen auf den Bahnverkehr im Land

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. nach welchen Kriterien die ausgewählten Reaktivierungsstrecken bewertet wurden;

2. wie die einzelnen Kriterien gewichtet wurden;

3. welche die entscheidenden Kriterien waren, die zu einer Einstufung in die Kategorien prioritäre Projekte und weiterer Bedarf geführt haben;

4. von wem diese Bewertung durchgeführt wurde;

5. inwiefern alle Strecken aus der „Potentialanalyse zur Reaktivierung von Schienenstrecken in Baden-Württemberg“ aus dem Oktober 2020 nach diesen Kriterien (Frage 1) erneut bewertet wurden;

6. wenn nein, was waren die Gründe hierfür (Frage 5);

7. wenn nein, ob die entsprechenden Aufgaben- und Vorhabenträger über diese Entscheidung vorab informiert wurden (Frage 5);

8. inwiefern weitere Bahnstrecken, die nicht Teil der ursprünglichen Potentialstudie aus dem Jahr 2020 waren, nach diesen Kriterien (Frage 1) bewertet wurden;

9. welche anderen Verkehrsprojekte in Baden-Württemberg von dieser Verschiebung von Reaktivierungsprojekten angesichts der von der Verkehrsministerin genannten knappen Kassen beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) stattdessen profitieren werden;

10. welche anderen Verkehrsprojekte in Baden-Württemberg von dieser Verschiebung von Reaktivierungsprojekten angesichts der von der Verkehrsministerin genannten knappen Kassen bei den Regionalisierungsmitteln stattdessen profitieren werden;

11. wann die jeweiligen Aufgaben- bzw. Vorhabenträger über die Eingruppierung ihres Projekts informiert wurden;

12. welche der bereits durch die Aufgaben- und Vorhabenträger verausgabten Untersuchungs- und Planungsmittel der Projekte in der Kategorie weiterer Bedarf als verloren angesehen werden müssen, weil die Zahlen bei einer möglichen erneuten Revision des Reaktivierungsprogramms in fünf Jahren als nicht mehr valide angesehen werden müssen.

21.10.2026

Sigg, Binder, Dr. Weirauch, Dr. Fulst-Blei, Steinhülb-Joos SPD

Begründung

Das Land Baden-Württemberg hat sich im Jahr 2020 das Ziel gesetzt, zahlreiche stillgelegte Bahnstrecken zu reaktivieren. Dafür wurden bereits zahlreiche Untersuchungen durch das Land und die jeweiligen Aufgaben- und Vorhabensträger durchgeführt, um die jeweiligen Potentiale der Strecken zu ermitteln. Außerdem wurden vom damaligen Verkehrsminister großzügige Co-Finanzierungsbedingungen für den Bau und den laufenden Betrieb verkündet.

Mitten in diesem laufenden Prozess kam zuerst der grün-schwarze Koalitionsvertrag und dann die Ankündigung der neuen Verkehrsministerin, diesen Prozess einer Revision zu unterziehen. Das Ergebnis dieser Untersuchung und Neubewertung liegt nun vor.

Dieser Prozess soll nun, insbesondere aufgrund der Aussage der Ministerin, wonach das Land für die Kommunen ein verlässlicher Partner bleibt, einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Was sind die Folgen der Entscheidung der Koalitionsparteien und der Verkehrsministerin für die Zukunft des Bahnverkehrs in Baden-Württemberg?